

MIT ALLERHÖCHSTER BEWILLIGUNG.

Breslauer



Zeitung.

Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

N<sup>o</sup> 193.

Freitag den 20. August

1847.

### Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 66 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Ein Wort über geheime Conduitenlisten. 2) Communalbericht aus Breslau, Hainau, Hirschberg, Neisse. 3) Correspondenz aus der Provinz, Münsterberg, Königshütte.

#### Inland.

Potsdam, 17. August. Se. Majestät der König sind von der Reise nach Neu-Strelitz und Doberan auf Schloß Sanssouci wieder eingetroffen.

Berlin, 19. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Gustav Wiesensthal zu Berlin den Charakter als Kommerzienrath zu verleihen.

Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen ist, von Doberan kommend, hierher zurückgekehrt.

Ihre königl. Hoheit die verwitwete Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin und Höchsteren Tochter, die Herzogin Louise Hoheit, sind von Doberan auf Schloß Sanssouci eingetroffen und haben am 18ten d. M. die Reise nach Marienbad fortgesetzt.

Se. Hoheit der Herzog Gustav von Mecklenburg-Schwerin ist, von Breslau kommend, nach Ludwigslust hier durchgereist.

Angekommen: Se. Excellenz der geheime Staatsminister, Graf zu Stolberg-Wernigerode, und Se. Excellenz der General-Lieutenant und General-Adjutant Sr. Majestät des Königs, von Neumann, von Doberan.

Der „Entwurf einer Wechsel-Ordnung für die preussischen Staaten nach den Beschlüssen der Kommission des königl. Staatsraths“ nebst den „Motiven“ ist so eben im Druck erschienen. Die beachtenswerthe Einleitung zu letzteren sagt unter Anderm: „Bei der vor geraumer Zeit in Preußen begonnenen Revision des Wechselrechts ist man von Anfang an davon ausgegangen, daß an die Stelle der drei verschiedenen bei uns in anerkannter Herrschaft bestehenden Rechtssysteme, nämlich des Landrechts, des rheinischen Handelsgesetzbuches und des gemeinen deutschen Wechselrechts, ein einziges gemeinsames Wechselrecht treten müsse. Der zunehmende Verkehr unter den verschiedenen Provinzen des Staates ist nicht das Einzige, was diesen Beschluß herbeiführte. Es trat die Erwägung hinzu, daß auf eine größere Uebereinstimmung der Wechsel-Ordnungen Deutschlands im Allgemeinen hingewirkt und demgemäß vor Allem im Inlande selbst ein übereinstimmendes Wechselrecht erstrebt werden müsse. Welche Beschwernisse die Verschiedenheit der Wechsel-Ordnungen dem Handelsverkehre bereitet, bedarf keiner Ausführung. Bestimmt, das Entfernte zu verbinden, ist das Wechselrecht recht eigentlich ein gemeinsames Recht der im Handelsverkehre stehenden Provinzen und Staaten. Soll es seine Bestimmung vollständig erreichen, so fordert es, wenigstens in der Hauptsache, Uebereinstimmung und diese kann ihm zu Theil werden, weil seine Gestaltung weniger als die irgend eines anderen Rechtszweiges durch lokale Verhältnisse oder durch den Zusammenhang mit anderen Instituten des Rechts bedingt ist. Die mancherlei Abweichungen der Wechsel-Ordnungen haben ihren Grund theils in ziemlich willkürlichen Gebräuchen und Satzungen, theils darin, daß das Wechselrecht nicht zur vollständigen Ausbildung gelangt oder hier weniger wie dort den Entwicklungen der Verkehrsverhältnisse gefolgt ist, theils in der ungeliebten Einmischung fremdartiger Begriffe des Civilrechts. Das Wechselgeschäft berührt zwar in manchen Beziehungen das Civilrecht, aber es hat auch wiederum sein eigenenthümliches, abgeschlossenes Gebiet. Eine Wechsel-Ordnung, welche sich auf dieses Gebiet beschränkt, kann sich jedem Civilrechte anschließen. Die Verschiedenheit der Civil-Gesetzgebungen, welche in den einzelnen Theilen der Monarchie bestehen, tritt deshalb der Einführung einer gemeinschaftlichen Wechsel-Ordnung nicht hindernd entgegen. Bei der Abfassung des Entwurfes ist das Gutachten einer besonders berufenen Versamm-

lung von Sachverständigen aus den verschiedenen Provinzen der Monarchie in hohem Grade maßgebend gewesen. In dieser Versammlung hat sich vor Allem einstimmig und entschieden die Ansicht geltend gemacht, daß das neue Gesetz jede weitläufige Casuistik vermeiden und sich anstatt in überflüssiger und schädlicher Detail-Erörterung auf einfache, klare Sätze und Prinzipien beschränken müsse. Demgemäß steht der Entwurf in der Art der Darstellung dem rheinischen Handels-Gesetzbuche näher als dem Landrechte. Auch in materieller Hinsicht ist dies der Fall, da die Bestimmungen des Handels-Gesetzbuches in mannigfacher Beziehung eine europäische Geltung gewonnen haben. Aber zur eigentlichen Grundlage in dem Sinne, daß man in allen wesentlichen Punkten von seinen Grundsätzen ausgehend, nur die Lücken auszufüllen und einzelne Bestimmungen zu verbessern gesucht hätte, konnte das Handels-Gesetzbuch eben so wenig wie das Allgemeine Landrecht genommen werden. Auf dem Standpunkte, welchen man bei der Ausarbeitung einer neuen Wechsel-Ordnung zu nehmen hat, ist es überhaupt bedenklich, in der ange deuteten Weise von irgend einem älteren Gesetze auszugehen. Es giebt freilich keinen Zweig des Rechts, bei welchem man sich mehr als beim Wechselrechte zu hüten hätte, mit willkürlichen, durch den lebendigen Verkehr nicht gerechtfertigten, neuen Satzungen legislativ einzuschreiten. Aber es giebt auch keinen, bei welchem man langsamer der Entwicklung des Verkehrs zu folgen und mehr auf eine Fortbildung des Rechts nach den Bedürfnissen und Ansichten der Zeit Bedacht zu nehmen hätte. Eine neue Wechsel-Ordnung muß das Wechselgeschäft nach seinem heutigen Standpunkte auffassen, und eine Wechsel-Ordnung für deutsche Staaten hat vorzugsweise die Richtung zu verfolgen, welche die Entwicklung des Wechselrechts durch Gesetzgebung, Gebrauch und Wissenschaft in Deutschland genommen hat. Während der Revision des Wechselrechts in Preußen haben sich auch mehrere andere deutsche Staaten mit demselben Gegenstande beschäftigt. Es liegen die Entwürfe für Württemberg, Braunschweig, Sachsen und Nassau vor; für Bremen ist eine neue Wechsel-Ordnung schon erlassen. Diese neuesten legislativen Arbeiten sind sorgfältig berücksichtigt worden; sie und die Motive der Entwürfe für Württemberg, Braunschweig und Sachsen, denen sich die dem sächsischen Entwurf zu Grunde liegenden verdienstlichen Arbeiten von Einert zugesellen, haben die endliche Redaktion des Entwurfes wesentlich erleichtert. Bei größerer Uebereinstimmung dieser Entwürfe würde man vielleicht den einen oder andern sich ohne Weiteres haben aneignen können; aber so erfreulich auch die Wahrnehmung ist, daß in Beziehung auf die wesentlicheren Grundsätze des Wechselrechts vielfach Uebereinstimmung hervortritt, so weichen die Entwürfe doch nicht nur in der formellen Behandlung des Gegenstandes, sondern auch in den einzelnen Bestimmungen sehr von einander ab. Im Allgemeinen ist über den Inhalt und die Anwendung des Entwurfes folgendes zu bemerken: In Uebereinstimmung mit der Ansicht, welche schon dem Allgemeinen Landrecht zum Grunde liegt und wohl heut zu Tage nicht mehr der Rechtfertigung bedarf, sind der Wechsel selbst und die darauf bezüglichen wechselmäßigen Erklärungen, nämlich Indossament, Accept und Aval, aufgefaßt und behandelt als einseitige Formalacte, welche von Wechselfähigen in vorgeschriebener Form ausgestellt, ohne Rücksicht auf Zweck und Veranlassung zur Bezahlung der Wechselsumme verpflichten, unbeschadet der persönlichen Beziehungen, der etwaigen Eintreden und Gegen-Ansprüche, welche aus dem der Ausstellung der Wechsel-

Erklärung zum Grunde liegenden Rechts-Verhältnisse zwischen den einzelnen Theilnehmern hervorgehen können. Die systematische Anordnung des Entwurfes ist leicht zu übersehen. Der erste Abschnitt, „Von der Wechselfähigkeit“, und der vierte, „Von dem Wechselprozeß“, beziehen sich auf beide Arten der Wechsel, die gezogenen und die eigenen. Der zweite Abschnitt behandelt vollständig die gezogenen, der dritte die eigenen Wechsel. Der letztgedachte Abschnitt hat in ähnlicher Weise, wie das rheinische Handelsgesetzbuch, nur die Besonderheiten der eigenen Wechsel angegeben und im Uebrigen auf die Theile des zweiten Abschnittes, welche auf eigene Wechsel Anwendung finden, hingewiesen. Der zweite Abschnitt ist sonach der wichtigste. Der Entwurf zerfällt nun in vier Abschnitte. Der erste handelt in drei Paragraphen von der Wechselfähigkeit. Wechselfähig sind nach § 1 alle Personen, welche sich durch Darlehensverträge gültig verpflichten können. Der zweite Abschnitt („Von gezogenen Wechseln“) bespricht in achtzehn Unterabtheilungen die Erfordernisse eines Wechsels, Verpflichtung des Ausstellers, Indossament, Präsentation zur Annahme, Annahme (Acceptation), Regreß auf Sicherstellung wegen nicht erhaltener Annahme und Unsicherheit des Acceptanten, Erfüllung der Wechselverbindlichkeit, Zahlungstag, Zahlung, Regreß Mangels Zahlung, Intervention: Ehrenannahme, Ehrenzahlung, Verbrieflichung eines Wechsels (Duplicate, Copien), verlorene, falsche Wechsel, Verjährung, Klagerecht des Wechselgläubigers, ausländische Wechselserklärungen, Protest, Ort und Zeit für Präsentation und andere im Wechselverkehre vorkommende Handlungen, mangelhafte Unterschriften. Der ganze Entwurf hat 98 Paragraphen und schließt damit, daß von dem Tage, wo er Gesetzeskraft erhält, alle bisherigen im Staate gültigen Wechselordnungen aufhören. Es wäre eben so nothwendig, wie den Absichten der Gesetzgeber entsprechend, wenn sich nunmehr, da der Entwurf in den Buchhandel kommt, recht viele Stimmen über denselben äußerten. — Man wird sich erinnern, daß bei der Beratung des Judengesetzes in der Drei-Stände-Curie der Minister von Thile am 14. Juni den Ausspruch gethan, der Jude könne an und für sich kein Vaterland haben, als das, worauf ihn sein Glaube hinweise. Zion sei das Vaterland der Juden. Diese Aeußerung erregte große Bewegung, und es wurden mehrfache Proteste Seitens der Juden laut. Hier in Berlin protestirte Herr D. A. Benda durch die Zeitungen. Darnit begnügte er sich jedoch nicht, sondern wandte sich mit einer Beschwerde unmittelbar an des Königs Majestät und führte darin aus, daß die den Juden verliehenen und verbürgten Rechte ihnen nicht entzogen werden können und er daher um eine Allerhöchste Deklaration bitte, worin die staatsbürgerlichen Rechte der Juden neuerdings förmlich anerkannt werden. Diese Dittschrift wurde unterm 22. Juni eingereicht. Vorgestern erhielt Herr Benda folgendes Cabinets-Schreiben: „Ich will zwar nicht an der Aufrichtigkeit der in Beziehung auf Anerkennung der staatsbürgerlichen Rechte Meiner jüdischen Unterthanen in Ihrer Vorstellung vom 22. Juni d. J. vorgetragenen Besorgnisse zweifeln, indessen sind dieselben völlig grundlos, indem sie sich auf eine offenbar unrichtige Auffassung der Verhandlungen des vereinigten Landtages stützen. Ihre vollständige Beseitigung finden diese Besorgnisse in dem über die Verhältnisse der Juden inzwischen ergangenen Gesetze, auf welches Ich Sie deshalb verweise.“

Sanssouci, den 10. August 1847.

Friedrich Wilhelm.  
(Königl. S.)



Wir theilten vor einiger Zeit die Nachricht mit, daß hier eine polnische Dame aus Paris angekommen sei, um einen der angeklagten Polen zu sprechen; sie sei aber gleich zurückgewiesen worden, weil Herr Guizot das Ministerium des Auswärtigen ganz genau über diesen Besuch bereits in Kenntniß gesetzt hatte. Die meisten französischen Journale haben diese Nachricht wiedergegeben; von den offiziellen und ministeriellen Organen wird sie aber auf eine ganz außerordentlich bestimmte, man darf sagen dreiste Weise in Abrede gestellt, zuerst von dem Moniteur, dann auch von dem Journal des Débats, dem eigentlichen Organe des Herrn Guizot. Wir wollen uns nicht darüber wundern, wenn bei der französischen Ministerialpolitik unangenehme Thatsachen ganz einfach in den betreffenden Journalen abgelehnt werden; hier aber haben wir es wirklich mit einer Thatsache zu thun. Herr Guizot hat an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten über die Ankunft einer polnischen Dame berichtet, und die Dame ist in Folge dieses Signalements zurückgewiesen worden, auch sogleich wieder nach Paris gereist. Dies ist Thatsache, so unangenehm sie den offiziellen Organen des Herrn Guizot — nämlich das Bekanntwerden derselben — zu sein scheint. Wir hören sogar, daß die betreffende Dame die Schwester des Angeklagten Ludwig v. Mirosławski gewesen ist, welche ihren Bruder noch einmal zu sprechen wünschte. (N. C.)

Z Berlin, 17. August. Das öffentliche Interesse ist in unserer Stadt noch immer vorwiegend durch den Polenprozeß in Anspruch genommen; doch hat in letzterer Zeit die Theilnahme an den Verhandlungen beim Publikum etwas Abbruch gelitten. Ursache davon ist ganz augenscheinlich das seltsame Widerspruchssystem, welches fast sämtliche bisher vernommene Angeklagte ohne Zweifel auf den Rath ihrer Verteidiger befolgt haben. Unserer Ueberzeugung nach haben die Verteidiger mit einem derartigen Rath ihren Klienten einen schlechten Dienst geleistet, so erklärlich es auch bleibt, wie sie dazu überhaupt kommen konnten. Die Verteidiger stecken noch in den Grundsätzen der alten Criminalordnung, wo zum Eintritt der vollen ordentlichen Strafe ein eigenes Geständnis des Angeklagten erforderlich war, und sind anscheinend der Meinung: daß auch unsere Richter noch diesen alten Grundsätzen anhängen und demgemäß eine Scheu hegen werden, beim Leugnen der Angeklagten die volle gesetzliche Strafe eintreten zu lassen. Hierin haben sich die Anwälte offenbar getäuscht. Seit der Einführung des neuen Prozeßverfahrens haben unsere Richter bewiesen, wie sehr sie sich von dem Pedantismus der alten Beweisetheorie emanzipirt und von dem Rechte der frei gewonnenen Ueberzeugung beim Urtheilssprechen Gebrauch gemacht haben. Sie werden auch in diesem Prozesse nach freier Ueberzeugung urtheilen, und das Urtheil dürfte um so strenger ausfallen, als zu den so übereinstimmenden, ganz der Lage der Sache entsprechenden Eingeständnissen in der Voruntersuchung für die Angeklagten noch der Nachtheil eines hartnäckigen Leugnens und wenig motivirter Widersprüche hinzukommt. — Mitten in die Verhandlungen des Polenprozesses hinein ist der Erlass des Landtags Abschiedes gefallen. Derselbe ist von der hiesigen Bevölkerung, so weit wir von der großen Masse der gänzlich Apathischen und Indifferenten einer und von den wenigen stürmischen Fortschrittsmännern andererseits absehen, mit dem genuthuenden Bewußtsein aufgenommen worden, daß die Regierung klaren und besonnenen Sinnes den Weg zeitgemäßer Reform rüstig vorangeht. Eine große politische Erregtheit, von der uns manche Zeitungen viel erzählen, herrscht hier so wenig jetzt als früher. Je weniger aber die Berliner Bevölkerung an den politischen Bewegungen Theil nimmt, um so eifriger sind manche Berliner Korrespondenten auswärtiger Zeitungen bemüht, wo möglich die ganze Stadt als in jenen Wehen und Ängsten befangen darzustellen, von denen doch nur sie allein, und meistens auch nur in der Einbildung gepeinigt werden. Wie mit der Stimmung der Bevölkerung so beschäftigen sich die Berliner Zeitungsschreiber neuerdings auch wieder ganz besonders mit den Absichten und vermuthlichen Entschlüssen des Gouvernements, namentlich in Betreff einer von ihnen angekündigten neuen Organisation der Verwaltung. Einige Zeit hindurch waren es neue Ministerkombinationen, mit denen wir täglich unterhalten wurden; in der jüngsten Zeit ist man von den Entlassungen mehrerer Minister abgestanden und berichtet uns statt dessen: daß alle Minister in ihren Stellen bleiben würden; daß Herr v. Canis und Herr Uhden Gehaltszulagen erhalten hätten, und daß man hieraus abnehmen müsse: es stehe binnen Kurzem eine Veränderung dahin bevor, daß Herr v. Bobelschwingh zu der centralen Stellung eines Premierministers erhoben werden würde. Es bedarf wohl kaum der Versicherung, daß so viel wir aus guter Quelle in Erfahrung gebracht haben, Personen, welche von solchen Veränderungen eine Kenntniß haben müßten, eben nur aus den Zeitungen alle diese Neuerungen erfahren.

## Der Polenprozeß.

(Zeit-Halle.)

Dreizehnte Verhandlung am 18. August.

Der Präsident ruft den Angeklagten Mathews v. Moszczenki vor die Schranken. Neben denselben tritt sein Verteidiger Herr Justizrath Martins. Der Verteidiger erklärt, daß der Angeklagte des Deutschen nur sehr unvollkommen mächtig sei, er wolle aber deutsch antworten, so weit es ihm möglich sei. Die Anklage wird deutsch und polnisch verlesen. Sie lautet, wie folgt:

23. Mathews v. Moszczenki.

Er ist 47 Jahr alt, katholisch, Besitzer der Güter Srebrna-Góra, Dziwieszewo und Brudzyn im Wengrowicer Kreise.

Auch er hat an der Verschwörung thätigen Antheil genommen.

Mitte Januar 1846 kam der Mitangeklagte Adolph v. Malczewski, welchem es oblag, als Reisekommissarius der nordöstlichen Kreise des Großherzogthums Geldmittel für die revolutionären Zwecke zu beschaffen, zu dem Angeklagten nach Srebrna-Góra. Er forderte von diesem Pferde zur Weiterreise nach Slupp, zu dem Nepomucen v. Sadowski und Geld für ein Unternehmen, welches ihn jetzt beschäftige. „Du bist so vermögend“, bemerkte v. Malczewski zu dem Angeklagten, der ihn schon als einen eraltirten Polen und politisch Verdächtigen kannte, „daß Du wohl etwas dazu geben kannst; in Zeit von 14 Tagen wird es losbrechen.“ Der Angeklagte, welcher nichts geben wollte, schützte sein augenblickliches Unvermögen vor. Von Malczewski wollte jedoch von seinem Verlangen nicht absehen und erklärte, er wolle ihm schon Frist lassen, in welcher er sich bemühen könne; Moszczenki sollte ihm nur eine bestimmte Zusage geben.

Als der Angeklagte 14 Tage darauf nach Posen kam und dort den v. Malczewski aufsuchte, um demselben zu melden, daß es ihm nicht gelungen sei, Geld zu bekommen, erklärte v. Malczewski, er werde ihm Geld verschaffen, der Angeklagte könne überall Geld bekommen. Von Malczewski kam auch nach einiger Zeit in die Wohnung des Mitangeklagten Alexander v. Guttry, wohin v. Moszczenki sich begeben hatte, und brachte einen Pfandbrief über 1000 Thlr. lautend mit, den er dem Angeklagten übergab, wogegen dieser einen Schuldschein ausstellen mußte. Den Pfandbrief mußte er sofort auf Verlangen des v. Malczewski an v. Guttry aushändigen. Später meldete sich ein gewisser v. Polewski als Inhaber jenes Schuldscheins schriftlich bei dem Angeklagten, der nun an den Mitangeklagten v. Guttry die 1000 Thlr. sandte und durch ihn seinen Schuldschein von dem v. Polewski einlösen ließ.

Am 5. Februar erhielt der Angeklagte von Alexander v. Guttry einen Brief, in welchem ihn dieser benachrichtigte, daß am 8ten Adolph v. Malczewski mit mehreren Freunden zu ihm nach Srebrna-Góra kommen würde. Auf dies Schreiben sagte v. Moszczenki zu seiner Ehefrau, daß sie und ihre Tochter am Sonntag von Srebrna-Góra wegfahren müßten, weil Herren zu ihm kommen würden, welche sie gar nicht kennen dürften. — Am 8. Februar kamen denn auch Adolph und Albin v. Malczewski, Joseph v. Mikorski und Ludwig v. Mirosławski, am folgenden Tage Stanislaus v. Sadowski und später Bonaventura v. Gargynski zu der, früher bereits dargestellten, Versammlung nach Srebrna-Góra. — Ludwig v. Mirosławski, dessen Namen und Bestimmung für die revolutionären Zwecke der Angeklagte schon kannte, und der erst unter dem Namen Szatkowski bei ihm aufgetreten war, wurde ihm unter seinem wahren Namen vorgestellt, wobei der Angeklagte sehr erstaunt schien, indem er sich ein ganz anderes Bild von dessen Persönlichkeit entworfen hatte.

Der Angeklagte nahm an den Besprechungen und Berathungen der übrigen Mitverschwornen zwar keinen Antheil, dennoch blieb ihm der Zweck der Zusammenkunft nicht fremd. Denn er kam ab und zu in das Zimmer, in welchem die Versammlung stattfand und hörte, wie die übrigen Mitverschwornen die beim Ausbruch des Aufstandes zunächst zu treffenden Maßregeln beratheten. Insbesondere war er zugegen, als der Angriffsplan auf Bromberg besprochen wurde.

Als die übrigen Mitverschwornen mit Ausnahme des Ludwig v. Mirosławski, welchen eine Krankheit noch in Srebrna-Góra zurückhielt, aufbrechen wollten, wandte sich Adolph v. Malczewski noch mit den Worten an den Angeklagten: „es sei jetzt Alles vorbereitet und werde nächstens zum Losbruche einer polnischen Revolution kommen, er werde ihm, dem Angeklagten, über die Zeit des Losbruchs noch nähere Nachricht geben, und solle Angeklagter zu diesem Zwecke nur ein Faß Pulver ankaufen und seine Pferde schonen.“

Auch die übrigen Mitverschwornen lobten ihn wegen seines Patriotismus, daß er für seine Leute schon 100 Paar Stiefeln habe machen lassen, damit sie mitgehen könnten, wie ein allgemeines Gerücht in jener Gegend auch von ihm erzählt.

Der Mitangeklagte Ludwig v. Mirosławski blieb noch über einen Tag in Srebrna-Góra. Am 11. Februar begleitete ihn v. Moszczenki dann selbst nach

Swiniary zurück und übernahm es, einen Brief von v. Mirosławski an den Gutsbesitzer v. Seredyński, auf den die Verschwornen auch ihr Augenmerk gerichtet hatten, nach Chociszewo zu befördern. Dieser Brief enthielt eine Instruktion, wie der Kommissar des Wengrowicer Kreises den Aufstand leiten solle. Der Angeklagte sandte denselben durch einen eigenen Boten, den Knecht Rosinski, von seinem Gute Brudzyn an den v. Seredyński nach Chociszewo ab, und ließ dem Boten die größte Vorsicht empfehlen.

Endlich ließ der Angeklagte, gleich nachdem er von dieser Fahrt nach Swiniary zurückgekehrt war, im Bewußtsein seiner Schuld und der ihn erwartenden Strafe der Vermögenskonfiskation noch am 12. Febr. 1846 135,000 Thaler als eine Tilgungsforderung seiner Ehefrau eintragen. Die Frau v. Moszczenka hatte dem Angeklagten an Kapitalien und Gütern zusammen aber nur gegen 90,000 Thlr. zugebracht.

Auf die Frage des Präsidenten, was er im Allgemeinen über die Anklage zu sagen habe, erklärt er dieselbe für unrichtig. Der Präsident vernimmt den Angeklagten dann speciell über den in der Anklage erwähnten Pfandbrief. Der Angeklagte erklärt, der Mitangeklagte v. Malczewski habe ihn nicht aufgefordert, Geld zu geben, was er bei früheren Vernehmungen eingestanden hatte. Nicht auf Srebrna-Góra, sondern erst später in Posen sei die Geldangelegenheit verhandelt. Nicht der Mitangeklagte Adolph v. Malczewski habe ihn veranlaßt, das Geld zu geben, sondern der seitdem verstorbene Graf J. v. Bninski. Revolutionäre Zwecke hätte er bei der Ausgabe dieses Geldes durchaus nicht gehabt, es hätte für ein Comité der ärmeren polnischen Jugend bestimmt sein sollen. Auf die Frage des Präsidenten, ob er den Pfandbrief nicht an den Landschaftsrath Alexander v. Guttry gegeben habe, antwortet der Angeklagte verneinend, selbst als der Präsident bemerkt, daß Herr v. Guttry dies früher selbst eingestanden hätte.

Dem Angeklagten werden frühere Geständnisse vorgehalten. Er erklärt sie für unwahr. Er erklärt sogar, er habe nicht gesagt, was im Protokoll stehe. Der Präsident läßt ihm das Protokoll vorlegen und richtet die Frage an ihn, ob er dasselbe unterschrieben habe? Er muß dieses bejahen. Auf Verlangen des Verteidigers erklärt der Gerichtsschreiber, es sei das Protokoll ohne Dolmetscher zu Stande gebracht worden.

Der Mitangeklagte Adolph v. Malczewski tritt als Belastungszeuge vor. Er erklärt, er habe von dem verstorbenen Grafen v. Bninski den Auftrag gehabt, Gelder für die ärmeren polnische Jugend zu sammeln, er hätte sich auch an den Angeklagten gewendet, eine bestimmte Summe habe er gar nicht angegeben.

Auf Verlangen der Verteidigung wird der Zeuge befragt, ob er nicht am 9. bis 10. Jan. 1846 in Srebrna-Góra gewesen sei? Er giebt dies zu, verneint aber durchaus, daß dort von Geldangelegenheiten die Rede gewesen.

Die Staatsanwaltschaft läßt den Zeugen darüber befragen, ob die Gelder etwa für das in Posen bestehende Comité zum Vortzen der polnischen Jugend hätten bestimmt sein sollen? Darüber giebt er keine definitive Auskunft.

Die Verteidigung läßt den Angeklagten über das befragen, was der verstorbene Graf Bninski in seinen Briefen über den Zweck des Geldes angegeben habe? Die Antwort bleibt im Allgemeinen.

Es wird ferner der Mitangeklagte, Landschaftsrath Alexander v. Guttry als Belastungszeuge vorgerufen. Er erklärt, daß er den Pfandbrief nicht unmittelbar von v. Moszczenki erhalten habe, er hätte den 3/4procentigen Pfandbrief in einen 4procentigen umsetzen und an v. Polewski abgeben sollen. Dies sei geschehen. Daß er darüber einen Empfangschein erhalten habe, sei wahrscheinlich, doch könne er sich dessen nicht genau entsinnen.

Der Präsident befragt hierauf den Angeklagten wegen der Versammlung, welche auf seinem Gute Srebrna-Góra abgehalten worden ist. Er habe von A. v. Guttry einen offenen Zettel erhalten, in welchem ihm Besuch verhasien worden sei. Die Fragen des Präsidenten, weshalb er seine Frau u. Tochter hatte wegschicken wollen während dieses Besuches, beantwortet er unbestimmt. Frau und Tochter blieb da und es wird bei dieser Gelegenheit ein Schreiben der Frau des Angeklagten vorgelesen.

Präs. Wer kam Alles zu dieser Versammlung? Angekl. Die Gebrüder Adolph und Albin von Malczewski, Stanislaus Sadowski und Szatkowski (Ludw. Mirosławski).

Präs. War nicht auch v. Gargynski anwesend? War er nicht auch mit den Uebrigen zusammen?

Angekl. Nein, er ist nicht mit denselben gewesen.

\*) Nach dem Bericht der Spen. Ztg. erwartete der Angeklagte unter den angemeldeten Gästen auch einen gewissen v. Dembinski, mit dem er, weil er um seine des Angeklagten Tochter erworben, in Mithelligkeiten gerathen und gleich dieses Verhältniß als Grund der Entfernung der Frauen an.



Auf die Bemerkung des Präsidenten, daß dies freilich noch zugestanden, erklärt er wiederum seine früheren Geständnisse für unrichtig und unwahr.

Präsident. Wovon wurde auf dieser Versammlung gesprochen?

Angell. Von Krieg, von Bromberg.

Präsident. Von Krieg? von Bromberg? Erklären Sie sich darüber genauer.

Angell. Es war von früheren Zeiten, von 1831 die Rede.

Der Präsident macht dem Angeklagten bemerkt, er habe früher anders ausgesagt, er habe von einem beabsichtigten Angriff auf Bromberg gesprochen, und wie man an einem Tische zusammengesessen und darüber berathen habe. Der Angeklagte behauptet wiederum, seine früheren Geständnisse seien unwahr gewesen.

Ludwig v. Mieroslawski wird als Belastungszeuge vorgelesen.

Präsident. Ist der Angeklagte Mathews v. Moszczeni bei der Versammlung zugegen gewesen?

Zeuge. Er ging ab und zu.

Präsident. Was wurde in der Versammlung verhandelt?

Zeuge. Es wurde geschrieben. Es war von dem Aufstande die Rede.

Präsident. Konnte der Angeklagte hören, was verhandelt wurde?

Zeuge. Nein, er konnte es nicht hören, er kam nur zwei Mal in das Zimmer.

Auf die Bemerkung des Präsidenten gegen den Angeklagten, er habe früher selber gesagt, daß er die Verhandlungen gehört habe, wird diese frühere Aussage von ihm als falsch erklärt.

Die Frage, ob er bei der Ankunft L. v. Mieroslawski's auf Srebrna-Góra von den revolutionären Zwecken desselben Kenntniß gehabt habe, verneint der Angeklagte.

Präsident. Kannten Sie v. Mieroslawski unter seinem wahren Namen, als er unter dem Namen Czatkowski nach Srebrna-Góra kam?

Angell. Ich habe es gar nicht gewußt, daß es v. Mieroslawski war.

Der Präsident fragt L. v. Mieroslawski, ob er den Angeklagten mit seinem wahren Namen bekannt gemacht habe?

v. Mierosl. Ich habe meinen wahren Namen nicht genannt. v. Moszczeni hat meinen wahren Namen nicht erfahren.

Der Präsident macht den Zeugen v. Mieroslawski darauf aufmerksam, daß er früher anders ausgesagt habe. Es werden seine früheren Aussagen vorgelesen. Der Zeuge bleibt bei der Richtigkeit dessen, was er heute gesagt hat.

Vertheid. Ich bitte, den Herrn v. Mieroslawski noch darüber zu befragen, weshalb gerade Srebrna-Góra für die Versammlung gewählt worden sei.

Der Präsident thut diese Frage: von Mieroslawski erklärt, er wisse es nicht.

Vertheid. Herr von Mieroslawski hat früher erklärt, Srebrna-Góra sei deshalb gewählt, weil mein Klient ganz unverdächtig sei.

Der Präsident macht den Zeugen darauf aufmerksam.

v. Mierosl. Das war meine Ansicht, und die habe ich auch noch heute.

Die Worte, welche Adolph v. Moszczeni bei der Abfahrt vor Srebrna-Góra zu ihm gesagt haben sollte, erklärt der Angeklagte durchaus als unwahr. Er sei in polizeilichen Verhandlungen durch den Polizeidirektor Dunder sehr mitgenommen worden.

Präsident. Aber Sie haben dies nicht bloß in einer polizeilichen, sondern auch in einer gerichtlichen Vernehmung eingestanden. Behaupten Sie denn jetzt, daß der Inquirent dies aus eigener Erfindung niedergeschrieben habe?

Angell. Ja.

Es werden die früheren Geständnisse des Angeklagten erst in deutscher, dann auch noch in polnischer Sprache vorgelesen.

Nachdem das Protokoll dem Angeklagten polnisch vorgelesen worden, bemerkt der Präsident, resumierend, daß also in diesem Protokolle von dem Angeklagten zugestanden sei, daß er von Malczewski am 5. Januar aufgefordert worden, Geld beizutragen, daß ferner in seiner Gegenwart von dem Angriff auf Bromberg die Rede gewesen, daß er ferner aufgefordert worden, ein Faß Pulver zu kaufen.

Der Angeklagte leugnet, dies erklärt zu haben; er sei krank gewesen, das Protokoll habe er jedoch unterschrieben. Er giebt im Verlaufe des Verhörs zu, Mieroslawski nach Swiniary begleitet und von demselben einen Brief zur Weiterbeförderung erhalten zu haben. Den Inhalt habe er nicht gekannt; besondere Vorsichtsmaßregeln wegen des Briefes seien ihm nicht anempfohlen worden.

v. Mieroslawski wird vorgelesen und erklärt, daß der Brief eine Instruktion für den Bromb. Kreis enthalten habe. Die Aussagen dieses Mitangeklagten über den Brief stimmen mit denen des Angeklagten überein.

Was in der Anklage von 100 Paar Stiefeln gesagt ist, stellt der Angeklagte in Abrede. Es wird überdies ein Protokoll von Czatkowski vorgelesen, worin dieser die Sache mit den 100 Paar Stiefeln als ein leeres Gerücht bezeichnet.

In Bezug auf die seiner Frau verschriebenen 135,000 Thlr. erklärt der Angeklagte zuerst: es sei dies eine Familien-Angelegenheit, über die er hier nicht sprechen könne. Da ihm bemerkt wird, daß es hier darauf ankomme, die Angaben der Anklageschrift als richtig oder nicht richtig anzuerkennen, erklärt der Angeklagte, daß seine Frau ihm über \*) 90,000 Thlr. mitgebracht und daß er später sich veranlaßt gesehen, ihr 135,000 Thlr. einzutragen zu lassen.

Es wird nun zuerst ein Belastungszeuge, A. v. Polewski, vorgeführt. Er bekennt, dem Angeklagten Anfangs 1845 einen Pfandbrief über 1000 Thlr. gegeben zu haben. Er habe nicht gleich darauf einen Revers von dem Angeklagten empfangen. Ein paar Tage darauf sei ihm jedoch von Adolph v. Malczewski ein Schuldschein zugestellt worden. Später habe ihm Herr v. Guttry die 1000 Thlr. gegen Einhandigung des Schuldscheins eingehändigt. Gemahnt habe er den Angeklagten nicht. Die Zahlung sei wieder in einem Pfandbriefe geschehen; ob er jedoch derselbe sei, wie der von ihm dargelegene, wisse er nicht, da er sich nicht die Nummer gemerkt habe. Beide Pfandbriefe seien 4prozentige gewesen.

Der Zeuge tritt ab. Der Präsident giebt noch auf Veranlassung des Defensors die schriftlich eingeholte Auskunft des dortigen Landraths, daß M. v. Moszczeni die drei in der Anklage aufgeführten Güter besitze, deren Gesamtwert sich wohl auf 200,000 bis 300,000 Thaler belaufen mag. Wie hoch sich die Hypothekenschulden belaufen, wußte der Landrath nicht anzugeben. — Der Angeklagte wird hierüber noch verhört.

Darauf treten die Zeugen ein. In einer so großen Anzahl waren in diesen Verhandlungen bisher noch nicht Zeugen erschienen. Es sind ihrer 15, darunter 3 statliche Damen und unter diesen die Gemahlin des Angeklagten. Unter den männlichen Zeugen befand sich Herr Dunder.

Leider können wir heute nicht das Zeugenverhör mittheilen. Der Bericht darüber ist so spät in die Druckerei gekommen, daß es nicht möglich ist, auch nur einen genügenden Auszug daraus zu geben. — Das Verhör dauerte mehr als zwei Stunden. Um 1/2 1 Uhr trat die gewöhnliche Pause ein, nachdem noch jeder einzelne Zeuge (mit Ausnahme der Frau v. Moszczeni) vereidigt worden.

#### Be r i c h t i g u n g.

Der Ref. der Zeit.-H. berichtet eine, auch in unsern Bericht über die Polenprozeß-Verhandlungen der Sitzung vom 17. August übergegangene Angabe des v. Bayerski über den Landrath Nibel dahin, daß statt der Worte: „er (Nibel) hat der Frau v. M. 500 Rthl. gegeben“ es heißen müsse: „er hat von der Frau v. M. 500 erhoben.“

Königsberg, 15. August. Deputirte der hiesigen jüdischen Gemeinde begaben sich heute zu dem Herrn Bürgermeister Sperling und überreichten ihm in seiner Eigenschaft als Landtags-Deputirter, für seine ständische Bemühungen im Interesse der Jüdischen, eine Dank-Adresse, deren Einband vom Goldarbeiter Herrn Radzinski höchst geschmackvoll mit Silberarbeiten verziert war. — Nach dem heutigen einleitenden Vortrage des Dr. Rupp im Garten der deutschen Ressource, taufte einer der Presbyter dieser Gemeinde, Herr Gutsbecker Amtmann Papendiek aus Adl. Liebe, das neugeborene Kind des Herrn W. im Saale der deutschen Ressource in üblicher Weise und nach einigen einleitenden Worten. Dieses ist die erste von einem Mitgliede dieser Gemeinde (Laien) vollzogene Taufhandlung.

(Königsb. Btg.)

Δ Posen, 17. August. Es ist noch nicht lange, daß wir Ihnen mittheilten, wie groß die Hoffnungen des hiesigen Landmanns auf die heutige Kartoffelernte seien, und wirklich berechnete der Stand derselben und die dem fernern Wachsthum so überaus günstige Witterung zu den übertriebenen Erwartungen: es zeigte sich keine Spur von Krankheit. Und alle diese schönen Hoffnungen stehen nun jetzt auf dem Punkte, zu Schaum zu werden! Denn seit Anfang voriger Woche kennt man unsere Kartoffelfelder nicht mehr wieder. Bald nach dem letzten, starken Gewitterregen, der in hiesiger Gegend fiel, bemerkte man nämlich ganz unerwartet, daß auf den Feldern einzelne Kartoffel-

Gemüse auf dem bloßen Körper getragen, da ihm sein Herr in Betreff desselben die größte Vorsicht empfohlen, und ihm namentlich gesagt gehabt, er solle von diesem Briefe Niemanden etwas sagen.

\*) Nach der Spen. B. hat der Angeklagte zugegeben, daß seine Frau ihm nur 90,000 Rthl. eingebracht habe.

pflanzen abzusieben begannen, und dies nahm so schnell zu, daß bis dahin vollkommen gesunde Felder in Zeit von zwei, drei Tagen gänzlich abgestorben und die Pflanzen so trocken waren, daß man die Blätter in der Hand zu Pulver zu zerreiben vermochte. In der nächsten Umgegend von Posen hat diese Krankheit fast alle Felder, und weit stärker wie im vorigen Jahre, ergriffen; wie weit sich dieselbe sonst noch verbreitet hat, wird man erst noch erwarten müssen. Je plötzlicher und unerwarteter jedoch dieser Wechsel der Aussichten gekommen, desto größer ist der Eindruck, den er auf die ärmere Klasse namentlich macht, die mit heißer Sehnsucht den Augenblick erwartete, wo die Kartoffelpreise, die jetzt immer noch 20 bis 25 Sgr. pro Viertel betragen, ihre frühere gewöhnliche Höhe wieder erreichen würden, denn für diese ist der reiche Ertrag an Rüben u. kein Ersatz für einen etwaigen Ausfall an Kartoffeln, die ohne weitere Zuthat, als Salz, verzehrt werden. — Unsere Stadt bietet jetzt ein sehr trauriges Aussehen; denn Alles, was nur die Mittel besitzt, Posen auf einige Zeit verlassen zu können, ist ausgewandert, um die heißen Monate entweder in den Bädern oder auf dem Lande hinzubringen, und diejenigen, die hier geblieben sind, die Geschäftsleute, stehen traurigen Gesichts vor ihren Läden, denn eine solche Flaue im Geschäft, wie jetzt herrscht, will noch Keiner erlebt haben. Am härtesten leidet übrigens hier der Handwerkerstand, der durchschnittlich ohne eigenes Kapital arbeitet und wörtlich aus der Hand in den Mund lebt. Die Meisten müssen jetzt, um nur Arbeit zu haben, für die Magazine um einen Spottpreis arbeiten und verschulden sich denselben so, daß sie ganz von deren Willkür abhängen und kaum Aussicht haben, sich je wieder von ihnen losmachen zu können. Unser Armenunterstützungsverein aber, der unter Anderm auch ein Vorschuss-Institut für hilfsbedürftige Handwerker gegründet hatte, aus welchem dieselben unter gewissen Bedingungen kleine zinsfreie Darlehen erhalten konnten, hat diesen Theil seines wohlthätigen Wirkens seit vorigem Jahr eingestellt, wenn wir nicht irren, weil die Anforderungen an den Verein wegen augenblicklicher anderweiter Unterstützungen alle Mittel desselben so in Anspruch nahmen, daß man jenen Vorschussfonds einzuziehen zu müssen glaubte. Daß man sich hierzu genöthigt sehen konnte, ist um so mehr zu bedauern, als die Errichtung jenes Vorschussfonds sich auf die allgem. anerkannte Nothwendigkeit stützte, daß für den kleineren Handwerker etwas geschehen müsse, damit er nicht bei jedem Unfall zum Leihhaus oder Wucherer seine Zuflucht zu nehmen gezwungen sei, und die Erfahrung hier wie überall gelehrt hat, daß Almosen zwar für den Augenblick die Noth lindere, derselben nicht aber für die Dauer vorbeugen könne. Es wäre daher zu wünschen, daß das Direktorium des Vereins sich jetzt des Zweckes jenes Fonds erinnere und ihn wieder in Wirksamkeit setzen möchte, denn, wenn wir dahin streben wollen, hier einen soliden Handwerkerstand zu schaffen, so muß man denselben auch möglichst unabhängig von den Besitzern der Magazine zu erhalten suchen; sonst ist Leihhaus und Wucherer nicht mehr weit.

Magdeburg, 18. August. Der Gesamt-Magistrat hat beschlossen, ein Waisenhaus zu errichten und Herrn Diesterweg aus Berlin zu berufen, um diese Anstalt nach dem Plan der von ihm angeregten Pestalozzi-Stiftung einzurichten. Vielleicht bestimmt Diesterweg aus den vorhandenen Mitteln der Pestalozzi-Stiftung die erste Anlage einer Waisen-Colonie in Magdeburg in Verbindung mit dem hiesigen Waisenhaus. Man zweifelt nicht daran, daß Herr D. nach Magdeburg sich übersiedeln werde. (Nach. Btg.)

Köln, 16. August. Hier hat sich die Nachricht verbreitet, daß der Papst geäußert habe, er wolle im künftigen Sommer Deutschland besuchen und dem großen Kölner Dombaue, dem 600jährigen Jubiläum der ersten Grundsteinlegung beiwohnen. Der Dombau schreitet übrigens jetzt rasch vor. Im Innern erreicht das Grabdenkmal des Erzbischofs Conrad von Hochstetten, von Schwanthaler und Mohr, dem Bauwerk zu einem neuen Schmuck. (Spen. B.)

Nachen, 15. August. Den heut ausgegebenen „Verhandlungen des hiesigen Gemeinderaths“ zufolge hat Hr. Hansmann, als er nach seiner langen Abwesenheit wieder zum erstenmale im Gemeinderath erschien, zunächst seinen Dank über die Theilnahme ausgesprochen, welche sich bei seinem Empfange kund gegeben, und sodann über seine Wirksamkeit bei dem Landtage einen Bericht abgeleitet, über welchen die „Verhandlungen“ Folgendes mittheilen: Nachdem er, bemerkte Hr. Hansmann, seine Ansichten, wie er dieselben bei den verschiedenen zur Erörterung gekommenen Fragen ausgesprochen habe, hier mittheile, könne er nicht darauf rechnen, daß diese Ansichten in allen Theilen, und von jedem Mitgliede der Versammlung gebilligt würden: indessen dürfte er darauf rechnen, daß auch die entgegengesetzten Ansichten sich gegenseitig achteten. Zudem müsse er bemerken, daß er durch seinen Vortrag nur Bericht erstatten, aber keine Polemik veranlassen wolle. — Er sei 10 Tage vor der Eröffnung des Landtages schon in Berlin eingetroffen, weil er er-

\*) Die Spen. Btg. berichtet noch: Auf den Antrag des Staats-Anwalts wird die in der Voruntersuchung abgegebene Aussage des in der Anklageschrift erwähnten Anekdoten-Rosinski vorgelesen, der den Brief des Mieroslawski an den v. Serebrenski gefordert hat. Es lautet dieser Zeuge: er habe den Brief unter dem



fahren habe, daß die Deputirten von Preußen und Schlesien so frühe dort zu vorläufigen Besprechungen sich einfinden würden. Diese Deputirten seien größtentheils der Ansicht gewesen, daß man nicht eher auf Verhandlungen sich einlassen dürfe, bis die dem Volke zugesicherten ständischen Rechte anerkannt und festgestellt seien. Diese Ansicht hätten die rheinischen Deputirten nicht getheilt. Im Einverständnisse mit vielen seiner Kollegen aus der Rheinprovinz habe er daher jenen Deputirten aus Preußen und Schlesien die Ueberzeugung beizubringen gesucht, daß man das königliche Geschenk der Zusammenberufung des vereinigten Landtages dankbar annehmen, und die Anerkennung der ferneren, dem Volke zugesicherten Rechte zu erwirken suchen müsse. Faktisch habe man in Preußen seit vielen Jahren unter einer absoluten Monarchie gelebt: aber prinzipienmäßig habe eine solche absolute Monarchie daselbst nicht bestanden, weil dem Volke schon früher Rechte durch die Gesetzgebung gewährt worden seien. Herr Hansemann führte nun an, worin diese Rechte nach den bei den Landtagsverhandlungen mehrmals bezogenen Gesetzen bestanden hätten, wie diese Rechte durch das Gesetz vom 3. Februar d. J. in mehreren Theilen verletzt und beschränkt worden seien, wie die Erweiterung der Rechte, welche letzteres Gesetz dagegen gewähre, darin liege, daß die Einführung neuer, und die Erhöhung bestehender Steuern an die Zustimmung des vereinigten Landtages geknüpft worden sei, und bemerkte weiter: unter diesen Verhältnissen habe das Hauptbestreben des Landtages auf die Feststellung der dem Volke früher zugesicherten Rechte gerichtet sein müssen. Eine große Majorität des Landtages sei mit der Feststellung, so wie mit den Bestrebungen zur Erlangung der Anerkennung dieser Rechte vorzüglich beschäftigt gewesen, und auch die Minorität habe die absolute Monarchie nicht als dauernd haltbar erachtet. Die Ansichten hätten sich vorerst in den Verhandlungen über die Adresse fund gegeben. Von mehreren Deputirten seien Petitionen, die Rechtsverhältnisse betreffend, eingebracht worden. Er bedaure inebessen, daß in der sonst so vorzüglichen Petition des Abgeordneten Camphausen, statt auf jährliche, nur auf 24jährige Versammlung der Stände aus Nützlichkeitssichten angetragen worden sei. Es werde inwischen sich ergeben, daß in Preußen nicht 2 Jahre lang die Gesetzgebung stagniren könne. Nach Besprechung der Petitionen in Betreff der Feststellung der Rechtsverhältnisse und des Schicksals derselben in der Herrenkurie führte der Redner weiter an, wie die Ueberzeugung, daß die Ausschüsse den Beirath des vereinigten Landtages in keiner Weise ersetzen könnten, von einer sehr großen Majorität ausgesprochen worden sei und man bei dem Zusammensein in Berlin bis zur allerletzten Zeit immer die Ansicht gehabt habe, daß die Nichttheilnahme an der Wahl der Ausschüsse sich von selbst verstehe, wenn man auf das bestehende Recht beharren wolle. — Der dem vereinigten Landtage geworden Bescheid habe allerdings verlangt, daß zuvörderst gewählt werden solle, um dem Gesetze vom 3. Februar d. J. zu genügen. Dieser Bescheid sei Vielen unerwartet gekommen, ihm nicht. — Es habe ihm geschienen, daß von den Ministern eine halbtägige Wiedereinberufung des vereinigten Landtages nicht gewünscht werde, und durch das Ganze der Verhandlungen habe sich die Ansicht der Staatsregierung durchgezogen, daß die Krone das Recht habe, Gesetze auch ohne Beirath der Stände zu erlassen und für alle bindend zu machen, eine Ansicht, welche von den Ständen nicht als richtig anerkannt worden sei. Die Stände hätten sich gegen dasjenige zu verwahren gesucht, was sie nicht hätten verbindern können; indessen hätten die 58 Abgeordneten, zu denen auch er gehöre, die Ansicht gehegt, daß bei einer Handlung, durch welche man eine Sache thue, die man nicht als Recht anerkenne, eine Verwahrung nicht genüge, sondern daß man der Theilnahme sich enthalten müsse, weshalb diese Abgeordneten nicht mitgewählt hätten. — Herr Hansemann ging demnächst die einzelnen, bei dem Landtage zur Verhandlung gekommenen Gegenstände weiter durch, und schloß mit der Aeußerung: wenn man auf die Wirksamkeit des vereinigten Landtages zurückblicke, finde man freilich, daß der Erfolg in gewisser Beziehung nicht groß sei, sehe aber, wie die Besorgnisse, welche früher gegen eine reichständische Versammlung gehegt worden, sich nicht verwirklicht hätten, wie vielmehr die vaterländische Gesinnung und das Rechtsbewußtsein durch den Landtag belebt und gestärkt worden seien, so daß ohne Versammlung der Reichsstände nicht lange zu regieren sein werde. Deshalb sei seine Ueberzeugung, daß bis zur nächsten Wiedereinberufung des vereinigten Landtages keine 4 Jahre vorübergehen würden, und bei dieser Hoffnung stütze er sich auf die hochherzigen Gesinnungen, und auf die Weisheit des Königs. Seitens des Herrn Oberbürgermeisters wurde dem Herrn Hansemann Namens des Gemeinrathes gedankt. (Nach. Btg.)

## Deutschland.

**Frankfurt 14. Aug.** Sofern nach den Bestimmungen des Staats- und Völkerrechts die Verleitung fremder Unterthanen zu Gesetzesübertretungen den unmittelbaren internationalen Feindseligkeiten beigezählt

wird, haben uns unsere guten Nachbarn, die Holländer, so eben wieder ein Proöben ihrer Gesinnung gegen Deutschland, die Stadt Frankfurt insbesondere, gegeben. Vor ein paar Tagen vermißte man beim Verlesen unseres Linien-Bataillons etwa 30 — nach anderen Angaben sogar 40 — Mann; und bald erfuhr man, daß solche fahnenflüchtig geworden und ihren Weg in der Richtung von Mainz genommen hatten. In Folge der ungesäumt zu ihrer Habhaftwerdung ergriffenen und von den deutschen Nachbarstaaten mit großer Zuverlässigkeit unterstützten Maßregeln wurde davon bereits am nächstfolgenden Tage (vorgestern) die größere Zahl — etwa 23 — nebst drei holländischen Werberrn eingebracht, welche in der benachbarten Ortschaft Rödelheim, unter mancherlei legalen Vorwänden, ihren zeitweiligen Aufenthalt genommen hatten, um von dort aus Mannschaften für den holländischen Dienst zu verlocken. Sie müssen den Leuten wohl sehr glänzende Aussichten eröffnet haben, um sie für diesen Dienst zu gewinnen, da es sonst unbegreiflich bleibt, wie sich der Frankfurter Soldat — wenn schon freiwillig angeworbener Ausländer — zur Fahnenflucht verleiten lassen konnte, indem sich derselbe, bei einer Löhnung von 16 Kreuzer und 1½ Pfund Brod, besser steht, wie irgend ein Soldat des Festlandes, überdies auch durch unsere neueste Militär-Gesetzgebung für seine Zukunft bedingungsweise gesorgt ist. Bald aber würden die armen Betrogenen die Täuschung inne geworden sein. Denn unstreitig stand auch ihnen das Loos so vieler Andern bevor, die sich gleich ihnen verlocken ließen, nämlich nach den ostindischen Colonien verschifft zu werden, um daselbst im Verlaufe weniger Jahre einem mörderischen Klima zu erliegen. (Düsseld. Z.)

**München, 15. August.** Sr. Majestät der König hat an alle Behörden den Befehl ergehen lassen, daß bei Allerhöchstdemselben Angestellte oder sonst in öffentlichen Pflichten Stehenden ohne die vorschriftsmäßige Bewilligung zu der im September d. J. stattfindenden Versammlung deutscher Philosophen in Gotha sich nicht begeben dürfen. (N. N. Z.)

## Oesterreich.

**Wien, 18. August.** Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben sich gestern Vormittag auf der Südbahn nach Grätz begeben. — Sr. Majestät der Kaiser beabsichtigen, von dort aus den bis Eils in Betrieb stehenden und den weiteren im Bau befindlichen Bahnzug zu besichtigen. — Vor Ende des laufenden Monats geben den Allerhöchstdieselben wieder im k. k. Lustschloß Schönbrunn einzutreffen. (Oesterr. Beob.)

**§§ Pesth, 14. August.** Der hiesige conservative Club hat an den k. Statthalter Erzherzog Stephan die Bitte gerichtet, das Protectorat des Club zu übernehmen. Der Erzherzog Stephan wies aber dieses Ansinnen mit Indignation ab, indem er die Bemerkung hinzufügte, daß er den Interessen der gesammten Nation, nicht aber den einer Partei leben wolle. Man könnte sich über die Gedankenlosigkeit des erwähnten Clubs wundern, in welcher er den Stellvertreter des Königs zum offenen Parteihaupt machen wollte, wenn man nicht bedenken müßte, daß er sich der besonderen Begünstigung des verstorbenen Palatins Erzherzog Joseph erfreute, welcher ihn auch eigentlich ins Leben gerufen. Die kernige Gesinnung des Erzherzog Stephan, die er auch bei dieser Gelegenheit auf entschiedene Weise an den Tag gelegt, hat einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Ueberhaupt steigert sich die Begeisterung für ihn mit jedem Tage. Allerlei Anekdoten stellen ihn als den Nachseher Josephs II. dar, namentlich wird aber seine Thätigkeit gerühmt. — In der Ofner Festung hat dieser Tage die feierliche Grundsteinlegung einer evangelischen Kirche stattgefunden. — Die Jüdische Partei in Croatien feierte den 29. Juli durch eine ostentirte Demonstration. An demselben Tage 1845 hat nämlich bei einer Beamtenwahl ein Scharmügel stattgefunden, in welchem 11 Personen jener Partei als Opfer gefallen sind.

## Ungland.

**□ Von der polnischen Grenze, 14. August.** Der in dem nachbarlichen Staate publicirte Kriminal-Koder, dessen bereits einmal in öffentlichen Blättern gedacht, soll mit dem 1. Januar des kommenden Jahres in volle Kraft treten. Uebrigens hat Referent von verschiedenen Seiten die Möglichkeit geradezu bestreiten gehört, daß der Koder in seiner ganzen Strenge zur wirklichen praktischen Ausführung kommen könne. — In neuester Zeit hat sich ein Jude in dem Städtchen Konin, unfern der Grenze, bei der Centralbehörde in Warschau durch eine Denunciation einen bedeutenden Namen erworben. Derselbe kannte den Betrieb des Schleichhandels und die Namen der Schleichhändler, so wie die mit diesem in Verbindung stehenden Kaufleute mehrerer Orte. Denunciationslustig, wie jener Jude war, mußte derselbe auf mancherlei Weise beschwichtigt werden. Seine Schweigsamkeit bot er wie eine Waare aus, die er zu den höchsten Preisen verkaufte. Diese erlangte er auch. Als besagter Jude aber die Forderung für seine Schweigsamkeit zu hoch gestellt hatte, brachte er unerwartet in aller Stille sein Geheimniß

vor die Behörde, und entdeckte Umständlichkeiten, die jene einen tiefen Blick in das vielverzweigte und planmäßig organisirte Schleichhandel-System thun ließ. Eine vielgliederige Kommission wird abgeordnet, um zu untersuchen und Thatfachen festzustellen. Man findet eine Menge unplombirter Waaren. Andere, die noch schnell eingebracht werden sollten, werden an der Grenze konfisziert. Viele Beamte sind kompromittirt und werden ohne Weiteres abgesetzt. — Neulich ist in der Gegend von Kolo in Polen ein schaudererregendes Verbrechen begangen worden. Ein deutscher Gutspächter will seine zu Johanni fällige Pachtzahlung an den in unweiter Ferne wohnenden Besitzer des Gutes ableisten; jene betrug einige Tausend polnische Gulden. Der Pächter tritt seine Reise an, kehrt aber am Abend desselben Tages zurück, und bringt, da er den Verpächter nicht angetroffen, sein Geld wieder. Er verwahrt dasselbe in seiner Behausung unter Mitwissenschaft des Amtmanns, welchen er zu größerer Sicherheit unter seinem Dache schlafen läßt. Sogleich ergreift den Amtmann eine unwiderstehliche Raubsucht, und drängt ihn zu einem blutigen Verbrechen. Mit einer vorher scharf geschliffenen Zimmermannsart bewaffnet bringt der Amtmann gleich in erster Nacht in das Schlafgemach seines Herrn und schlägt demselben mit einem einzigen Hiebe den Kopf ab. Das entstandene Geräusch weckt die daneben schlafende Gattin. Sie sieht den Gemordeten und den Mörder. Kaum hat sie ihren ersten Angstschrei gethan und für ihr Leben ein bittendes Wort gesprochen, so fliegt auch schon ihr Haupt vom Rumpfe. Es erwachen nun zwei Kinder in der Nähe der verbluteten Eltern. Sie weinen laut auf und rufen um Hilfe. Mit zwei Schlägen liegen sie entseelt auf ihrem Lager. Der Mörder hat indessen seinen Blutdurst noch nicht gestillt. Aus einer angrenzenden Wohnstube tritt die Kinderwärterin in das Schlafgemach der Ermordeten. Sogleich tritt der Mörder ihr entgegen und spaltet ihr den Kopf. Sie stürzt zwischen die blutenden Leichen. Nun eilt aber auch noch ein zufällig in dem Hause beschäftigtes Näthemädchen herbei, um zu sehen, wo ihre Vorgängerin geblieben. Kaum des Mörders ansichtig geworden, sinkt auch sie mit abgetödtetem Haupte als sechste Leiche auf die Blutstätte. Nach vollbrachter That reinigt der Mörder sein Beil von dem Blute und legt sich, nachdem er des Gutes sich bemächtigt, zu Bette. Der Morgen kommt. Man wundert sich über das vermeintliche lange Schlafen der Familie. Es entsteht Verdacht. Man dringt mit Gewalt in das Innere der Wohnung und sieht die im Blute schwimmenden sechs Leichname. Eiligst wird aus der nächsten Stadt die Polizeibehörde herbeigeholt. Diese kommt und entdeckt mühelos den Verbrecher. Dieser bekennet ohne Hehl seine blutige That und erzählt umständlich den ganzen Verlauf derselben. Dabei bleibt er ohne alle Zeichen der Reue. Sofort wurde der Mörder unter starker Eskorte abgeführt und der Obrigkeit zu seiner wohlverdienten Strafe überantwortet.

## Großbritannien.

**London, 12. Aug.** Sämmtliche Wahlen in England selbst sind jetzt beendet bis auf zwei Graffschafswahlen, die in Ost-Somersetshire und in Nord-Warwickshire, und überhaupt eilt der Wahlprozeß mit schnellen Schritten seinem Ende zu. Bis gestern Abend waren 621 Wahlen bekannt, worunter (nach der Berechnung des Globe) 323 der liberalen Partei, 103 den Peeliten und 195 den Protectionisten angehören, so daß wie auch die noch nicht bekannten 37 Wahlen ausfallen mögen, für die Minister doch immer eine völlig zureichende Majorität in Aussicht gestellt ist, wenn man auch allerdings zugeben muß, daß die als Liberale bezeichneten Parlamentsmitglieder eben so wenig unbedingt der ministeriellen Partei zuzählen sind, als man erwarten darf, daß die Peeliten in Masse dem Ministerium ihre Unterstützung werden zu Theil werden lassen. — Was die Einberufung des neuen Parlaments betrifft, so hatte man dieser Tage das Gerücht in Umlauf zu bringen gesucht, die Regierung werde in Folge der vorherrschenden Geldkrise (welche unter Andern die Times ausschließlich aus den übertriebenen Eisenbahn-Speculationen zu erklären beharrlich bemüht sind) die Session vor der gewöhnlichen Zeit eröffnen und zwar zunächst, um neue Maßregeln zur Beschränkung der Eisenbahn-Unternehmungen vorzuschlagen. Die Gazette bringt nun aber gestern einen Geheimenraths-Erlaß, welcher das Parlament, das bekanntlich pro forma zum 21. Sept. einberufen war, bis zum 12. Oktober vertagt, und zwar ohne die übliche Formel, welche auf den Beginn der Geschäfte schließen läßt, so daß also für jetzt wenigstens über die Sache noch nichts feststeht.

Die Königin hat sich am 11. Nachmittags bei Osborne auf der Dampfschiff „Victoria und Albert“ eingeschifft und am folgenden Morgen unter Escorte von fünf anderen Dampfschiffen ihre Seefahrt von der Röhde von Yarmouth aus begonnen. Die Escadre wurde durch einen starken Nebel genöthigt, vorgestern

(Fortsetzung in der Beilage.)



(Fortsetzung.)

Nachmittag in Dartmouth eingelaufen, wo sie den letzten Nachrichten zufolge noch lag.

Nach Angabe der Times haben hier auch die H. H. Giles, Son und Comp. ihre Zahlungen eingestellt und zwar mit einer Unterbilanz von beträchtlichem Betrage; die Summe wird nicht näher angegeben.

Nach den dem Parlamente neuerdings vorgelegten Dokumenten über den Sklavenhandel scheinen die in Folge der Convention mit Frankreich ergriffenen umfangreichen Maßregeln gegen denselben kaum größere Wirkung zu äußern, als die früheren fast vereinzelt Bemühungen Englands. In Brasilien allein sollen im Verlaufe des vorigen Jahres nicht weniger als 30,000 Sklaven eingeführt worden sein, darunter in Bahia 5812 auf 14 Schiffen. Auch in Cuba und Puerto Rico dauerte die Neger-Einfuhr in bedeutendem Maße nach wie vor fort.

## Frankreich.

\* Paris, 15. August. Die heutige Sonntagsbörse bei Tortoni war ziemlich belebt, indeß sanken die Course wieder um ein Geringes gegen gestern. Die 3proc. kauften man unter 76½. — Seit mehreren Tagen war hier ein großartiger Prozeß gegen einen Herrn Baron von Sequeville wegen falscher Fideleität in der Beauvallon'schen Duell-Angelegenheit im Gange. Gestern ist man endlich zum Urtheil geblieben und zwar wurde der Angeklagte wegen milderer Umstände nur zu 10 Jahr Haft verurtheilt. Der Verurtheilte schien auf das Aeußerste erschüttert. — Die Semaine hat bereits wieder eine Besetzungsgeschichte ausgetwittert. Ein Notar in Afrika soll seine Stelle um 10,000 Fr. gekauft haben. — Se. Majestät der König hat ein Bildniß des Papstes, welches er in Rom anfertigen lassen, in den Tuileries auf- und ausstellen lassen. — Die Nachrichten aus Spanien reichen bis zum 10ten d. M. Der König war am 9ten in Madrid gewesen, um seine Brüder zu besuchen, und der Minister des Innern, Benavides, hatte bei ihm einen neuen Versuch gemacht, die beiden königlichen Ehegemahle wieder mit einander auszuföhnen; es soll das auch in der That so weit gelungen sein, daß man in den ersten Tagen ein freundliches Zusammentreffen des Königs und der Königin in Madrid erwartete.

## Spanien.

Madrid, 9. Aug. Ein Schreiben aus dem Presidio Melilla an der afrikanischen Küste vom 22. Juli meldet, daß die Mauren unter Abdel Kader einen Angriff auf die Stadt gemacht hatten, bis Abdel Kader selbst erschien, der sich mit dem spanischen Gouverneur freundlich besprach und die Feindseligkeiten abstellte. Abdel Kader trug einen weißen Burnus, einen dergleichen Mantel mit Kapuze und seidenem Besatz vor der Brust, einen weißen Turban, schwarzes Schuhwerk ohne Strümpfe. Die Füße waren nackt. Seine Streitmacht bestand aus 1000 Reitern und 500 Mann zu Fuß, zum großen Theil mit neuen französischen Gewehren bewaffnet, andere aber auch mit 9 Fuß langen Flinten.

## Belgien.

Brüssel, 15. August. Das neue Cabinet hat eine außerordentliche Zusammenberufung der Provinzialstände beider Flandern beschloffen, um die Lage dieser Provinzen genau zu erforschen und die zur Verbesserung derselben anzuwendenden Mittel vorzuschlagen. Eine gute Verwaltung thut Belgien nach so langer Vernachlässigung seiner Interessen noth, und es gereicht dem neuen Ministerium zur Ehre, daß es, vor Allem, das Loos der arbeitenden Klasse sich zu Herzen nimmt. Jedermann war erstaunt gewesen, daß Herr v. Bavay, der ehemalige Minister der Staatsbauten, nach einer so langen Vernachlässigung seiner Pflichten, plötzlich eine außerordentliche Thätigkeit in seinem Departement entwickelte, eine Thätigkeit, welche es auf nichts weniger als auf eine gänzliche Reorganisation der Eisenbahn-Verwaltung abgesehen hatte. Das Geheimniß dieses Eifers ist jetzt entdeckt. Herr v. Bavay hatte sich bei der neuen Organisation die Stelle eines General-Inspektors bei den Eisenbahnen, mit 4000 Rtl. Gehalt (sein belgischer Minister erhält nur 5000) zugebacht. Die Ernennung ist aber von dem neuen Cabinet zurückgenommen worden. Auch die Ernennung des Herrn von der Straeten ist revocirt; statt seiner geht der General-Prokurator bei dem Cassationshofe und ehemalige Justizminister Vercorq, nach Rom. — Die Independance erklärt, daß sie von heute an in das ministerielle Lager übergehe. Die Opposition werde ministeriell, und das werde sie selbst, mit der Opposition.

## Schweiz.

Bern, 14. Aug. Die Verhandlungen der Tag-satzung über die Kommissions-Anträge in Bezug auf die Beschlagnahme der Munition des Sonderbundes waren zuletzt außerordentlich belebt, ja kriegerisch. Der

Gesandte von Schwyz richtete eine indirekte Herausforderung an den von Tessin (Oberst Luvini), und Luvini (der übrigens zuerst gereizt hatte) erwiderte diese mit ähnlichem indirekten Eintreten in die Duellsache. Jetzt bedarf es allerdings noch eines Glaubens, der Berge versetzen kann, um nicht an einen nächst bevorstehenden Ausbruch zuerst von Gränzneckereien, dann von offener Invasion in das Gebiet des Sonderbundes zu denken. Auf der Berner-Luzerner Gränze ist bereits, wie ein dem Herrn Ochsenbein eingehändigtes und von diesem der Bundesbehörde vorgelesenes offizielles Schreiben es meldet — bei Kröschenbrunn (oberes Emmenthal) ein Pallisadenwerk quer über die Fahrstraße gebaut, welches mit einem starken Thor versehen und des Nachts mit Schildwachen besetzt ist. Des Nachts wird das Thor geschlossen.

Basel, 14. August. Die englische Note an den Bundespräsidenten drückt die volle Hochachtung des englischen Geschäftsträgers und das volle Vertrauen gegen die Person des Bundes-Präsidenten auf sehr verbindliche Weise aus, und erklärt sich bestimmt und unwandelbar gegen jede Intervention. Von den eidgenössischen Offizieren der Sonderbunds-Kantone haben 18 erklärt, daß sie nur der Eidgenossenschaft und 12, daß sie dem Sonderbunde dienen. Die letztern werden nun als eidgenössische Offiziere gestrichen. — In den Dörfern nach Luzern hin sind in den Kantonen der Mehrheit bereits die Trainsperde bezeichnet worden. Ueberhaupt glaubt man, daß die Sache zum Aeußersten kommen werde. Auch Stäffis im Kanton Friburg wird jetzt gegen den Kanton Waadt mit Pallisaden verrammelt.

## Italien.

Rom, 7. August. Die Verhaftung des berühmten Gennaro, auch Gennaraccio genannt, des trasteverinischen Volksführers aus den Zeiten Gregors, soll von wichtigen Folgen begleitet sein. Merluzetto, sein Spießgeselle, an dessen Händen ebenfalls Blutschuld haftet, ist ihm bald in das Gefängniß gefolgt. Andere Verhaftungen haben sich daran gereiht, selbst mehrere Rabinieri (das Gerücht steigert deren Zahl bis auf 12) sind eingezogen worden. Man erzählt sich eine Geschichte von der Auffindung einer mit zwei Pfund Pulver geladenen Bombe, die bestimmt gewesen sein soll, der vergangenen Sonntag glücklich abgehaltene Prozession in den Weg gelegt zu werden. — Der Staatssekretär Kardinal Ferretti hat bei der Sachlage des Augenblicks für gerathener erachtet, die der Regierung nicht unbekannte Clique der Winkelpresse gestern Abend nach dem Quirinal zu bescheiden, als die Strenge der Gesetze auf sie anzuwenden. Die Herren, unter ihnen einige namhafte Literaten, haben Sr. Eminenz das Ehrenwort gegeben, ihr Treiben einzustellen, das die Regierung mit den auswärtigen Mächten verfeindet und eine noch tiefere Parteirissenheit herbeiführt in einem Lande, das des innern Friedens so sehr bedürftig ist. (A. A. Z.)

Es war mir nicht möglich, mich in den Besitz eines jener in voriger Woche hier gedruckt circulirenden Exemplare des vom römischen Volk an mehrere europäische Höfe gerichteten ersten Protestes zu setzen. Dagegen ist mir dies mit seiner heute hier erschienenen Fortsetzung gelungen. Der Protest ist an die Römer gerichtet und verbreitet sich zunächst darüber, daß die äußern Feinde nicht so zu fürchten seien, wie die innern. Von diesen heißt es nun: „Ach, nur zu Viele sind ihrer unsern eignen Bluts, sie reden unsere Sprache, haben dieselbe Muttermilch gesogen, und diese Elenden nagen an den Brüsten, welche sie ernähren. Wie viel sind ihrer? Zu unserm guten Glück nur wenige, denn dieses Italien ist nicht das Land, worin Schlangen gefüttert werden; aber diese Wenigen vermögen in tausend Weisen ihre Brüder zu verführen, sie irre zu leiten und ihnen unter trügerischem Kleide Werke des Verderbens zu insinuiren; aber, was schlimmer ist als dies, nicht Alle sind wir im Stande zu kennen, wie wir die fremden Feinde zu erkennen vermögen. — Es ward gesagt und bedacht und muß als wahr festgehalten werden, daß die Massen alle sich in dem großen Prinzip der leicht erheuchelten Mäßigung vereinigen, und daß man sich allmählig der vollen bürgerlichen Freiheit nähert. Dies ist für unsere Lage wichtig. Die Bewegung der so organisirten Masse ist ihrem Heile näher gekommen; denn gleich im Anfang erkannte sie, daß unsere Feinde unverföhlich seien. Hierher gehören vor allen Andern die Jesuiten, alle Obscurantisten, die Gregorianer und alle im Innersten ihres Herzens dem alten Systeme zugethanen Beamten, die aus allen Dingen ein Monopol der niedrigen Beschlichkeit und Gunst machten. Die von uns „die Exaltirten“ Genannten erkannten und kennen diese Lage der Dinge, und wenn sie ihre Grundzüge noch nicht aufgaben, so haben sie doch zuversichtlich nachgelassen, sie in in der

Praxis zu verwirklichen. Diese sind uns nun also befreundet, nicht mehr befeindet; es ist unmöglich, daß diese edlen Seelen nach erhaltener Mahnung sich, wie Einige aus Thatsachen der Fremde fürchteten, mit Jesuiten und Gregorianern verbinden könnten. Was die Letztern zu thun im Stande sind, das wissen wir, weil wir sie kennen: einen Mordmörder bewaffnen im Priesterkleide, viel Religion im Munde, wenig im Herzen haben, sich bei Familien insinuiren, ihre theuersten Geheimnisse auskundschaften, lehren, damit man nichts lerne, beim Krankenbette sich einfinden, um feige Menschen zu beherrschen und Schatzgräberei zu treiben über dem letzten Hauche der Sterbenden. Was die Gregorianer vermögen, haben wir gesehen: Das, was Freddi und seine würdigen Freunde thaten, die mit ihm fremdes Gold erkaufte hatte. Hier sind wir an der Hauptsache. — Unsere politische Existenz als freies wiedergeborenes Volk muß eine Angelegenheit der Zeit werden: unsere Politik die des Fabius Maximus gegen die Heere Hannibal's; die Politik jenes großen Feldherrn, der durch Temporisiren den Staat rettete, muß unsere Führerin und unser Palladium sein, um durch sie im Laufe der Zeit zwei große Institute gestiftet zu sehen, „die Nationalgarde und die Deputirtenkammer.“ Dieses große Werk garantirt uns die Festigkeit unsers hochherzigen Fürsten in jenem Akte, wo er bei seiner Thronbesteigung mit lauter Stimme, daß ganz Europa ihn hören und achten mußte, ausrief: „Zurück, Barbaren!“ Er ist Julius II. mit noch vielen andern Eigenschaften, wie wir ihn wünschten und erwarteten.“ — Zum Schlusse wird die Nothwendigkeit der geheimen Presse vertheidigt. (D. A. Z.)

§§ Rom, 9. August. Statt mich auf eine Polemik gegen halb unterrichtete römische Korrespondenten gewisser Tagesblätter einzulassen, bitte ich Sie ein für allemal, meinen auf die hier entdeckte Verschwörung gegen Pius IX. und das Volk bezüglichen Berichten unbedingten Glauben zu schenken, weil ich die Materialien aus erster Quelle erhalte. Sehr wichtige Data zu einer weiteren Inquisition in dieser Angelegenheit lieferte in diesen Tagen der frühere Befehlshaber der Schweizer-Leibgarde. Er war unlängst wegen arger Betrügereien gegen seine eigenen Landleute und die Regierung seines einflußreichen Postens entsetzt worden. Dazu war er der Mitwissenschaft des Mordkomplotts verdächtig. Pius IX. indessen wollte die Sünden des Vaters an dessen sehr zahlreicher Familie nicht heimsuchen, bewilligte ihr vielmehr die anständige jährliche Pension von 600 Scudi (900 Thlr.), erließ auch sogar dem Hauptmann selber die Strafreise von zehn Jahren, zu der er verurtheilt war. Durch so viele Gnade beschämt, warf sich dieser dem Papste zu Füßen und entdeckte ihm sämmtliche im apostolischen Palast wohnende, in der Verschwörung gegen ihn mehr oder weniger Mitkompromittirte. Es sind 30 an der Zahl, meistens hochgestellte geistliche und weltliche Beamte, die der Papst früher mit Wohlthaten überhäuft hatte. Auch bezeichnet man 10 Kardinäle als Mitwisser um den Plan. Daß der eigene Oberhofmeister (Maggiordomo) Seiner Heiligkeit, Monsignor Pallavicini, Mitwisser war, ist eine erwiesene Thatsache. Der Mann war bestimmt, in Kurzem Kardinal zu werden. Wenige Tage vor dem 17ten v. M. trat er indessen vorgeblich aus Gesundheitsrückichten eine Reise nach seiner Vaterstadt Genua an. Da meldet uns nun die letztausgegebene Staatszeitung, daß Sr. Heiligkeit an Pallavicini's Stelle den bisherigen Delegaten der Provinz Ancona, Monsignor Rusconi, zum Maggiordomo erwählt hat. — Von den Rädesführern der Verschwörung sind in diesem Augenblicke zwölf in den Händen der Gerechtigkeit. Einer der gefährlichsten, Virginio Alpi aus Faenza, in ganz Italien als ein vorzüglich tüchtiges Organ der geheimen Polizei einer veralteten Legitimität bekannt, fand Zeit zu entkommen, als er in diesen Tagen in der Stadt Forli auf Befehl des Staatssekretariats verhaftet werden sollte. Er betrieb als Emissar seiner Partei deren Interessen auf einer Reise, die er kurz vor dem 17ten v. M. in aller Eil nach Florenz, Lucca, Parma, Modena, Rom, Ferrara, Bologna, Pesaro und anders wohin machte. — Die Bewegungen in Kalabrien sind in diesem Augenblicke, besonders in den Gegenden der Scylla, zu einem offenen Kriege der neapolitanischen Unterthanen gegen ihre eigene Regierung geworden. Die Sendungen regulärer Truppen von Neapel aus dauern fort. Dazu hat der Minister des Unterrichts ohne weitere Erklärung über das Warum, im ganzen Königreiche beider Sicilien den Lehrern der Philosophie geboten, bis auf weiteres ihren Unterricht zu schließen. Unsere seit dem Anfange dieses Jahres ins Leben getretenen römischen politischen Zeitungen werden als zu liberal unter keiner Bedingung ins Königreich Neapel eingelassen. In der Hauptstadt des Landes selbst haben mehrere hundert der begütertesten und angesehensten



Männer dem Könige ein Bittgesuch um Abstellung vieler offenkundigen Mißbräuche der Administration mit Reformvorschlägen eingereicht. Es ist dasselbe aber ohne Weiteres verworfen worden. Hierher gelangten brieflichen Nachrichten zufolge ward jener neapolitanische Richter, welcher die zwei Brüder Bandiera mit ihren Genossen (sie riefen bekanntlich vor zwei Jahren das Volk in Kalabrien zur Freiheit auf, wurden aber bei Cosenza mit ihrem Anhang von den neapolitanischen Truppen gefangen und erschossen) zum Tode verurtheilt, in vergangener Woche erstochen. — Aus Florenz hören wir, daß eine außerordentlich große Menge Votals nach dem am 1sten d. M. in der Kirche Santa Maria del Fiore celebrirten feierlichen Hochamte das Tebeum zum Dank gegen die Vorsehung für die Vereitelung der Machinationen in Rom anstimmte. Ähnliche Festlichkeiten fanden in vergangener Woche in Loreto und an vielen andern Orten des Kirchenstaats, wie in San Leo statt (Provinz Urbino und Pesaro), wo man ein sehr berühmtes und wunderthätiges Gnadenbild der Madonna aufbewahrt.

## Lokales und Provinzielles.

### Theater.

Norma. Drovist Herr Schott, vom Stadttheater in Hamburg, als erste Rolle.

Der Sommer, der alle Knospen zu Blumen, jede Blüthe zur erquickenden Frucht treibt, bringe mit seinen heißen Strahlen der dramatischen Kunst weder Blumen noch Früchte. Diese entsalten sich nur, wenn die Natur von dem Zuviel der gethanen Wunder die Hände in den Schooß legt und keine andern Blumen aufzuweisen hat, als die, welche der Frost mit eisigem Hauche an die Fensterscheiben zeichnet. In der gestrigen Vorstellung, bei einer drückenden, fast unerträglichen Hitze, — es müssen mindestens 40 Grad gewesen sein, — wo alle Gefühle matt die Flügel hängen lassen, wo unsere innere Befähigung jede geregelte Stimmung verliert, wo der Mensch am Ende nur noch so viel Thatkraft zu verwenden im Stande ist, um eine unverschämte Fliege von seiner Nase zu vertreiben, da kam das oben angewandte Bild von den eisigen Fensterscheiben wie eine Labung, wie eine Erquickung über uns, so daß wir uns kaum satt daran denken konnten. Am liebsten würden wir den Gedanken gleich mit Vaseline verspeist haben, wenn uns nicht die billige Rücksicht für unsere freundliche Leser, die es in dieser Temperatur nicht verschmähen, eine Opernkritik zu lesen und denen wir jetzt dafür diesen Gedanken, als eine kühle Belohnung präsentieren, davon abgehalten hätte.

Aber wir müssen zurück zur Oper! — Auch auf die Stimmen wirkt eine solche Alles auflösende Hitze nachtheilig. Der innere Mechanismus wird locker; die Stimmbänder (ligamenta vocalia) lassen in ihrer Spannung nach und so gehorcht das ermattete Instrument nicht immer den kühnen Intentionen des Sängers; namentlich leidet die zartere Organisation der Frauenstimme mehr, als die kräftigere des Mannes.

Madame Küchenmeister, deren vorzügliche Leistung in der Rolle der Norma schon in ausführlicher Weise von uns in diesen Blättern besprochen worden ist, mußte dennoch, obgleich ihre geistige Kraft oft die schwächeren Natur zu zwingen weiß, ein Weniges in der heutigen Vorstellung diesem Einflusse nachgeben und so gelang ihr, namentlich in der ersten Arie (Casta Diva) nicht Alles mit der sonst gewohnten Vollendung und Sicherheit. In dem weiteren Verlauf der Vorstellung wurde die Künstlerin aber auch dieses nachtheiligen Einflusses Meisterin, und so führte sie diese angreifende Partie mit dramatischer Wahrheit und glänzender Virtuosität durch.

Fräulein Ulrich, die heute, wenn wir nicht irren, hier zum erstenmale die Partie der Adalgise sang, gab sich darin viel Anerkennungswerthe Mühe. Wenn ihr aber auch Manches, wie z. B. das erste Duett mit Sever (as-dur) so ziemlich gelang, so ist es doch zu erweislich, daß die Opera seria der eigentliche Genre nicht ist, in welchem sie sich mit Glück bewegen kann.

Herr Schott, den wir heute in der Partie des Drovist kennen lernten und den wir, dem Zettel nach, auf welchem diese Partie als erste Rolle bezeichnet ist, schon zu unserer Oper gehörig, zählen dürfen, besitzt eine kräftige Stimme, die vieles Ausdrucks und geschmeidiger Modulation fähig zu sein scheint. Seine Gesangsweise ist den Italienern nachgebildet und gewinnt durch Wärme und Leben im Vortrage; hiermit ist eine imponirende Persönlichkeit, die recht geeignet, den heutigen Charakter dramatisch vorzuführen wußte, verbunden. Die Stimme scheint uns indessen, der Klangfarbe nach, mehr dem Bariton anzugehören, als dem eigentlichen Bass, so wie uns auch wohl Manches gegen die Vortragsweise, der Cantilene namentlich, aufgefallen ist. Indessen wäre es unbillig, einen Sänger nach dem ersten Auftreten genau beurtheilen zu wollen; wir begnügen uns daher für dieses mal nur mit den heutigen Andeutungen.

Herr Kahle als Sever zeichnete sich auch heute, vorzüglich in der großen Scene des ersten Aktes, durch den

Wohlklang seiner kostbaren Stimme und durch einen schönen, gebundenen Vortrag aus. Nur hüte sich der Sänger, durch ein plötzliches Forzando, was zuweilen vielleicht einen segensamen Effekt machen kann, aber doch nie schön ist, seine Stimme übermäßig anzustrengen.

Auch im Orchester war, wahrscheinlich der schwülen Hitze wegen, eine Mißstimmung merkbar. Die erste Flöte, die ihre Partie, wie immer, auch heute schön und geschmackvoll blies, klang etwas scharf gegen die in der Stimmung gewichenen Saiteninstrumente und gab dies namentlich im Duett des zweiten Aktes (Norma und Adalgise as-dur), in welchem die Intonation des Fl. Ulrich etwas schwankte, einen eigenthümlichen disharmonischen Effekt.

Ist denn die Partie der Clotilde so ungemein schwer, daß die Darstellerin darin durchaus nicht zu einiger Sicherheit gelangen kann?

\*\*\* Hirschberg, 18. August. Gestern fand in der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung die Wahl eines neuen Rämmerers statt, und ich beileide mich, Ihnen das Resultat derselben mitzutheilen. Die Versammlung dauerte von 2 Uhr Nachmittags bis nach 7 Uhr Abends. Es hatten sich im Ganzen 33 Kandidaten gemeldet, von denen der bei weitem größte Theil von auswärtig war. Die entschiedene Majorität der Stimmen erhielten die Herren: Kommerzienrath Kierstein, Kaufmann Lampert (jeder 26 Stimmen) und Brauermeister Martin (24 Stimmen), sämmtlich aus hiesiger Stadt. Herr Kierstein sowohl, als Herr Lampert hatten sich nicht gemeldet, sondern waren in der Wahlversammlung zu dem Rämmererposten in Vorschlag gebracht worden. Die Stadtverordneten werden nun zunächst die beiden Herren von der auf sie gefallenen Wahl in Kenntniß setzen und anfragen, ob sie diese annehmen nicht abgeneigt sind, in welchem Falle dann der königl. Regierung zu Liegnitz die Entscheidung obliegen würde. Es hat sich übrigens bei diesem Wahl-Akte recht deutlich herausgestellt, daß es ganz unnötig war, die Konkurrenz auswärtiger Kandidaten mit eintreten zu lassen, da dieselben den Wählern entweder gar nicht, oder doch nur oberflächlich bekannt waren. — In der Stadtverordneten-Konferenz, welche gestern vor 8 Tagen stattfand, wurde beschlossen, daß auch hier die Öffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlung eingeführt werden solle. Zu diesem Behufe wurde zugleich eine Erweiterung des Stadtverordneten-Sitzungszimmers für nothwendig erachtet und beschlossen. In der gestrigen Versammlung lag die diesen Gegenstand betreffende Zeichnung bereits zur Ansicht respektive Genehmigung vor. Die Entscheidung und Schnelligkeit, mit welcher diese Angelegenheit hier betrieben wird, kann uns demnach nur zur Freude gereichen.

Hirschberg. Der Häusler Steilmann in Straupitz hat dieser Tage in seinem Garten Wasserrüben geerntet, wovon jede ein Gewicht von 3 bis 4 Pfund und einen Umfang von  $\frac{1}{4}$  bis 1 Elle hatte. Eine dieser Rüben liegt in der Expedition des Boten zur Ansicht. (Bote a. d. Riesengeb.)

Goldberg, 18. August. Als eine erfreuliche und zweckmäßige Neuerung betrachtet man den öffentlichen Anschlag an den Thoren und anderen Plätzen, der wöchentlichen Brod- und Semmelpreise nach den Selbst-Lagen der Bäcker. Möchte diese Einrichtung stets beibehalten werden, denn sie gewährt dem Publikum die tägliche und beste Uebersicht, wo es am vortheilhaftesten kauft, was in gleicher Art nicht durch die Bekanntmachung in den Wochenblättern, die nicht Jedermann zur Hand hat, noch durch den jedem Bäcker aufgegebenen Aushang der Selbstlage seiner Waaren, erreicht wird. — Sehr wünschenswerth dürfte es sein, wenn die wöchentlichen Preise des Mehls in den Mühlen in eben der Art angeschlagen würden, denn hierin scheint Willkür vorzuwalten, da bei einigem Aufschlag auf den benachbarten Wochenmärkten hier die Mehlspreise sofort steigen, oder kein Mehl zu bekommen ist. Sollten sich denn aber nicht die Preise in den Mühlen von Woche zu Woche, nach dem jedesmaligen hiesigen Marktpreise feststellen, und hierdurch willkürliche Erhöhungen der Mehlspreise unter der Woche verhindern lassen?

(Anz.)

(Opveln.) Der Kaufmann Bernhard Humrich zu Nicolai hat die Agentur für die Magdeburger Feuer-Versicherung-Anstalt niedergelegt.

Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht, dem hiesigen Forst-Insp. v. Bräuner, den Charakter als Forstmeister beizulegen. Dem bisherigen Pfarrer Böse zu Kunsendorf ist die erledigte Pfarrei zu Walldorf, Kreis Kreitz, verliehen — der zweite Lehrer an der evangelischen Stadtschule zu Falkenberg, Louis Röhr, ist als Organist und Schullehrer nach Groß-Strehlitz versetzt — der Kandidat Emanuel Smolla als sechster Lehrer an der kathol. Schule zu Beuthen angestellt — und dem bisherigen kathol. Schullehrer zu Torgau, Joseph Jorg, ist die Organisten- und Schullehrerstelle zu Rosow, Kreis Merseburg, so wie dem Hilfslehrer Klemen, in Wettlin, Kreis Anhalt, die Organisten- und Schullehrerstelle zu Döbeln, Kreis Anhalt, verliehen worden.

Im Bezirk des königl. Ober-Landes-Gerichts zu Rottb. wurden ernannt: der Aesculap v. Kunowski, zum Ober-Landes-Gerichts-Referendar, Berthold, der Ober-Landes-Gerichts-Assessor Lieber zu Stettin, zum Ober-Landes-Gerichts-Assessor in Rottb. d. r. Ober-Landes-Gerichts-Assessor Gierb beim Landes-Gericht zu Kupp, als Assessor zum Inquistorat zu Schwerin. Abgegangen: der Ober-Landes-Gerichts-Referendar Eise, d. r. unter Verlassung seines Amtes und unter Vorbehalt des Wiedereintritts.

### Mannigfaltiges.

— \*\* Mallin, 18. August. Ein früher wegen Falschmünzerei bestraster Handlungsbienner ist hier vor einigen Tagen wiederum bei der Ausgabe falscher Thaler betroffen und verhaftet worden. Bei seiner Visitation fand man 27 falsche Thaler des Jahres 1847, aus einer Mischung von Zinn und Neusilber, mit ziemlich gutem Gepräge und der eingravierten Randinschrift „Gott mit uns“. Der W. h. stete machte allerhand Ausflüchte, indeß ist es kaum zweifelhaft, daß er der Betrüger ist, da man bei ihm auch einen richtigen Thaler von 1847 vorfand, der ihm offenbar als Modell gedient hatte. Einige dieser Thaler sind in das Publikum gekommen. — Dem Wildhändler Hannemann ist seine Begnadigung bekannt gemacht worden und er hat mit großer Freude seine Reise zur Strafanstalt angetreten. Bei der dem Unglücklichen jetzt gestatteten Unterredung mit seiner Frau ist ein eigenthümlicher Diebstahl zur Sprache gekommen. Während nämlich der Hannemann verhaftet war, kam eines Tages ein kleines Mädchen und ließ sich Kleiderstücke, Preise und andere Dinge für den in dem Kerker befindlichen Mann geben. Die Frau gab gern Alles hin und jetzt findet sich, daß Niemand darnach geschickt und Hannemann auch nichts erhalten hat. — Auf dem Kreuzberge fand man in diesen Tagen die Leiche eines Selbstmörders und in der Tasche derselben einen Zettel, nach welchem der Erhängte sich bloß das Leben genommen, um seine Frau, die ihn so oft betrogen, einmal recht zu ärgern, denn da er sich selbst das Leben nahm, ergötze die Frau aus der Sterbekasse, in die er sich habe einkaufen müssen, die 40 Rthl. nicht, an denen ihr so viel gelegen gewesen. — In der vorigen Nacht hatten wir von 11 Uhr ab einen unablässigen Feuerlärm. Es soll 2 oder 3 Mal gebrannt haben. Das größte Feuer darunter zerstörte ein Hintergebäude in der Lindenstraße.

— Die Magdeburg-Leipziger Eisenbahn, durch deren Erwerbung die Berlin-Potsdam-Magdeburger sich zu amelioriren gedenkt, ist 15,77 Meilen lang und hat 1846 746,324 Personen und 1,715,009 Gr. befördert, mit einer Einnahme von 752,877 Rthl. Bei einem Anlage-Kapital von 4,400,000 Rthl. (2,300,000 Rthl. in Stamm-Aktien) betrug die Dividende 1841 5, 1842 7, 1843 10, 1844 9, 1845 10 und 1846 11  $\frac{1}{2}$  pCt., der Reservefonds Ende 1846 61,562 Rthl. — Im Jahre 1846 betrugen die sämmtlichen Ausgaben an Procenten der Brutto-Einnahme und kamen davon auf jede durchlaufene Meile bei der 1. Magdeburg-Leipziger 51, und 5 Rthl. 16 Sgr. 9 Pf. 2. Düsseldorf-Elberfelder 64, und 8 Rthl. 19 Sgr. 11 Pf. 3. Berlin-Anhaltische 53, und 7 Rthl. 8 Sgr. 4 Pf. 4. Magdeburg-Halberstadter 48, und 4 Rthl. 25 Sgr. 11 Pf. 5. Rheinische 53, und 7 Rthl. 10 Sgr. 9 Pf. 6. Berlin-Stettin-Stargarder 54, und 5 Rthl. 5 Sgr. 7. Oberschlesische 55, und 4 Rthl. 4 Sgr. 8. Freiburger 44, und 3 Rthl. 12 Sgr. 2. 9. Bonn-Köln 39, und 3 Rthl. Die vorstehenden, im Jahre 1846 vollständig im Betriebe gewesenen Eisenbahnen hatten zusammen — bei 120 Meilen Länge und 37,103,000 Rthl. Anlage-Kosten — eine Brutto-Einnahme von 3,893,003 Rthl. Die Summe aller Ausgaben mit 2,047,769 Rthl. abgezogen, ergibt sich ein Reingewinn von 1,845,234 Rthl. oder 4,97 pCt., weggelassen sich im Jahre 1845 die Verzinsung des Anlage-Kapitals nur auf 4  $\frac{1}{2}$  pCt. herausstellte. Die Dividende betrug 1845 durchschnittlich 5  $\frac{1}{2}$ , 1846 6 pCt. — Zu Ende des Jahres 1846 waren in Preußen überhaupt dem Betriebe übergeben 242  $\frac{1}{8}$  Meilen; dazu sind bis zum Juli d. J. 15  $\frac{7}{8}$  Meilen gekommen und werden bis zum Jahreschlusse noch 35  $\frac{1}{4}$  Meilen kommen.

— (Hannover.) Die hiesige Morgenzeitung berichtet, daß die Spielhölle des nahen Pyramonter Waldes in diesem Sommer wieder zwei traurige Opfer verzehrt habe: ein Handlungsbienner erschoss sich, weil er für seinen Principal gehobenes Geld verspielt hatte, und ein Handwerksbursche erhing sich vor einigen Tagen, dem die unheilvolle grüne Tafel die Ersparniß von vielen vielleicht recht mühseligen Jahren gekostet. Und trotzdem, wird hinzugefügt, sei an eine Aufhebung der Pyramonter Spielbank fürs Erste noch nicht zu denken, weil man behauptet, das Land (Waldeck) könne die Pachtsumme (6000 Thlr.) nicht entbehren.

— Der Fürst zu Wied hat befohlen, alles Wild in der Grafschaft zu vertilgen, was außerhalb des eingezäunten Wildparks sich findet, mit der Verfügung an seine Regierung in Neuwied: daß demnach künftig keine Zahlung für Wildschaden stattfinden solle.

(Eibers. Stg.)

Verantwortlicher Redakteur Dr. J. Nimbs.







